

INFOPERU Nr. 29

Der Newsletter der Informationsstelle Peru e.V.

10. Juni 2014

Inhaltsverzeichnis:

1. Editorial InfoPeru No 29 (Mechthild Ebeling)
2. Peru-Seminar in Köln: prominente Gäste, heisse Diskussionen (Mechthild Ebeling)
3. Fünf Jahre nach dem „Baguazo“: Gerichtsprozess eröffnet (Birgit Weiler)
4. Umweltpreis für Ashaninka-Führerin Ruth Buendía (Heinz Schulze)
5. Das Gute Leben ist ein Konzept , keine Praxis! – Interview mit Eduardo Gudynas
6. Hilfswerke arbeiten vermehrt mit peruanischen Mitteln (Hildegard Willer)
7. Entwicklungspolitische Bildungsarbeit zu Peru raucht Referenten aus Peru! (Heinz Schulze)
8. Wirtschaftsboom dank illegaler Geschäfte (Hildegard Willer)
9. MEINE BANK an Grossbank verkauft (Heinz Schulze)
10. Veranstaltungen

1. Editorial InfoPeru No 29

Liebe Leserin, lieber Leser!

Vor fünf Jahren, am 5. Juni 2009, wurde durch einen brutalen und gewaltsamen Polizei- und Militäreinsatz an der "Curva del Diablo" nahe der Stadt Bagua in der nördlichen Amazonasregion ein Protestaufmarsch indigener Gruppen aufgelöst. Dabei kamen 33 Menschen um – 22 Polizisten und 11 Indigene wurden getötet, ein Polizist wird bis heute vermisst. Grund für die Proteste war die Ankündigung von Sonderdekreten, die die Vergabe amazonischen Gemeinschaftslandes an Investoren von aussen begünstigen sollte.

Der zwei Jahre danach ins Präsidentenamt gewählte gewählte Ollanta Humala verkündete 2011 an diesem symbolträchtigen Ort Bagua die Annahme des Gesetzes zur "*Consulta Previa*" (ILO-Konvention 169 bzgl. der Rechte Indigener auf Befragung und Zustimmung bei Großprojekten in ihren Territorien). Seit Juni diesen Jahres stehen in Bagua 52 zum Großteil indigene Kleinbauern vor Gericht unter der Anklage, für die Tötung der 22 Polizisten verantwortlich zu sein.

Im InfoPeru berichtet Birgit Weiler direkt vom Beginn der Gerichtsverhandlung in Bagua.

Und die Verantwortlichen für den Polizeieinsatz? Nur 6 Polizisten wurden bisher angeklagt, ihre Vorgesetzten bleiben weitgehend ungeschoren, und die Gerichtsverfahren schleppen sich dahin.

Dieses Ungleichgewicht in der juristischen Behandlung der Fälle schürt Unruhe in der Bevölkerung, die Kampagne "*Todos Somos Bagua*" ist in den Medien aktiv und macht, dass der Fall weiterhin stark im Bewusstsein auch der hauptstädtischen Bevölkerung für Empörung sorgt. Hier käme u.a. der Ombudsstelle eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe zu. Die *Defensoria del Pueblo* wurde gegründet, um Konfliktfälle zwischen staatlichen, zivilgesellschaftlichen und auch wirtschaftlichen Akteuren zu analysieren und zu schlichten. Aber seit 2011 hat diese Instanz nur einen provisorisch eingesetzten *Defensor*. Nun soll endlich von einer parteiübergreifenden Kommission ein Kandidat für die Nachfolge von Beatriz Merino vorgeschlagen und dann vom Kongress gewählt werden. Es ist zu wünschen, dass dieses Amt mit einem erfahrenen politischen "Schwergewicht" besetzt wird, denn in der letzten Zeit war auch angesichts der vielen Fälle von sozio-ambientalen Konflikten in Peru das Auftreten und Eingreifen der *Defensoria* eher wenig bedeutsam.

So berichtete auch Nilton Deza, der als Referent bei unserem diesjährigen Jahresseminar in Köln referierte und dabei die Konflikte um den Bergbau und die Minenbetreiber vor allem in seiner Heimatstadt Cajamarca im Blick hatte, dass die *Defensoria* angesichts der schweren Konflikte dort praktisch keine Rolle spiele, schade!

Eine positive Nachricht ist für uns, dass am 4. Juni in Miraflores der erste Bauabschnitt des **LUM** eröffnet wurde, des *Lugar de la Memoria, la Tolerancia y la Inclusión*, wie es in einer großen, in Zement gegossenen Inschrift am Eingang heißt. Das Museum der Erinnerung war auch durch die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mitfinanziert worden und soll als Gedenkort an die Opfer des internen Krieges erinnern. Nun wurde der offizielle Name dieses Ortes erweitert und zeigt so die Absicht, auch Probleme aufzunehmen, die die peruanische Gesellschaft weiterhin nicht zur Ruhe kommen lassen, nämlich der latente Rassismus und die extreme soziale Ungleichheit. Die Eröffnungsveranstaltungen mit Musik und Theateraufführungen war sicher ein erster Schritt in die richtige Richtung.-Allerdings wurde bisher nur die Esplanade und das Auditorium eröffnet. Wann das eigentliche Museum fertiggestellt wird, ist noch offen – es herrscht bis heute kein Konsens darüber, wie und welcher Opfer das Museum gedenken soll.

Im Juli diesen Jahres findet in Berlin bereits der fünfte Petersberger Klimadialog statt, den Bundeskanzlerin Merkel im Jahr 2010 erstmalig einberufen hatte, als Follow-up zur COP15 in Kopenhagen. In diesem Jahr findet ja die COP20 in Lima statt, zu der wir hier im InfoPeru in diesem Jahr ausführlich berichten. Der diesjährige Petersberger Dialog wird von der deutschen Umweltministerin Barbara Hendricks und dem peruanischen Minister Pedro Pulgar geleitet. Auf Anfrage beim deutschen Umweltministerium haben wir erfahren, dass auch Präsident Humala anwesend sein wird. Es ist zu wünschen, dass diese hochrangige Konferenzbeteiligung dazu führt, dass in Peru die Problematik des Klimawandels und der Umwelt auch von staatlicher Seite aus prioritär behandelt und ernst genommen wird, und dass die COP20 nicht nur eine Vorzeigeveranstaltung bleibt.

Viel Spaß beim Lesen unseres neuen InfoPeru wünscht

Mechthild Ebeling

(Informationsstelle Peru e.V.)

2. Peru-Seminar in Köln: prominente Gäste, heisse Diskussionen

„Landwirtschaft – Rohstoffwirtschaft- Gesellschaft: Perspektiven und Alternativen für Peru“ . Dies war das herausfordernde Thema des diesjährigen Semintreffens der Informationsstelle Peru in Köln vom 9. bis 11. Mai. Dazu hatten wir peruanische und auch einen deutschen externen Referenten eingeladen. Über 50 TeilnehmerInnen belebten die Diskussionen. Wir freuten uns sehr zu erleben, dass auch viele jüngere Menschen sich für die Problematik Perus interessieren und sich engagieren, und danken im Nachhinein allen, die dieses Treffen organisiert und möglich gemacht haben!

Nilton Deza, Cajamarca

Unser 1. Referent **Nilton Deza** von der NGO ECOVIDA aus Cajamarca stellte die Frage nach einem sozial- und umweltgerechten Bergbau sowie möglichen ökonomische Alternativen. Peru ist für große internationale Bergbauinvestoren attraktiv, da Arbeitskräfte billig sind, die Umweltauflagen sehr locker und somit höhere Gewinne erwirtschaftet werden. Und so ist Peru zurzeit etwa der größte Silberproduzent weltweit, beim Goldabbau steht das Land an 6. Stelle. In Erwartung weiterer Expansion des Abbaus sind schon heute im Amazonasgebiet 75 % „konzessioniert“ und 20% der gesamten Fläche Perus. Die Regierung Humala setzt so stark auf diesen „Neuen Extraktivismus“, dass Umweltschäden und die Probleme betroffener lokaler Bevölkerungsgruppen klein geredet und Widerstand zum Teil gewaltsam unterdrückt werden. Bergbaueegner werden schnell von den Medien zu „Terroristen“ erklärt, zu Konfliktpersonen, mit denen nicht ernsthaft diskutiert und verhandelt werden kann. -

Gibt es keine Alternativen für Peru, wirtschaftlich aktiv zu werden und die noch immer andauernde große Armut weiter Teile der Bevölkerung zu nachhaltig überwinden?

Nilton Deza weist mit seiner Cajamarca-Erfahrung vor allem darauf hin, dass die kleinbäuerliche Landwirtschaft gezielt gefördert werden müsste, etwa durch Investitionen in Bewässerungssysteme und Verbesserung der Nutztierassen wie Milchkühe. Auch sollten die Wertschöpfungsketten durch Weiterverarbeitung von Milch , Kaffee und Kakao gefördert werden und familiäre und kommunale Klein- und Mittelbetriebe gezielt unterstützt werden. Zudem lägen im Tourismusbereich wirtschaftliche Perspektiven für viele Menschen.

Carlos Herz, Lima

Unser nächster Referent, **Carlos Herz** vom Bündnis „ RED Peru“ befasste sich schwerpunktmäßig mit der Entwicklung der Landwirtschaft Perus und den notwendigen Reformen, damit die traditionelle kleinbäuerliche Landwirtschaft, welche zur Ernährung der Menschen in Peru unabdingbar ist, gestärkt werden kann. Kleine und mittlere landwirtschaftliche Betriebe produzieren noch immer 70% zur Grundernährung der Bevölkerung. In den letzten Jahren ist aber eine zunehmende Landkonzentration zu beobachten gewesen, auch kommunales Land wurde privatisiert. Das wird auch durch die zunehmende Machtkonzentration in den Händen von Agrarinvestoren ermöglicht, welche auch einen privilegierten Zugang etwa zu den Wasserressourcen haben. Es wird großflächig in den Anbau von Zuckerrohr und Palmöl zur Ethanolherzeugung investiert.

Das hat u.a. bewirkt, dass in Peru jetzt bereits der Bedarf an Weizen zu 90% , der an Mais zu 60% und der an Soja gar zu 100% importiert werden muss. Die Zahlen sind erschreckend: 18,1% der Kinder unter 5 Jahren sind unterernährt, und vor allem in den Städten ist die Fettleibigkeit der Bevölkerung wegen der „Comida Chatarra“, des ungesunden Massen-Essens, vor allem bei der

armen Bevölkerung ein wachsendes Problem. Carlos fordert: Ernährungssicherung und das Recht auf gesunde Ernährung muss Aufgabe des Staates sein!

Aber es fehle ein Konzept der Regionalplanung und der Landnutzung! Investitionen in lokale Infrastruktur für die landwirtschaftlichen Klein- und Mittelproduzenten, sowie Zugang zu Krediten, technischer Beratung und neuen Technologien im Bereich der Bewässerung seien die Hauptforderungen an den Staat, um die Steigerung und Diversifizierung der landwirtschaftlichen Produktion und damit die Ernährungssicherung zu garantieren.- Die Präsentation von Carlos Herz kann hier heruntergeladen werden [AgricolturaHerzKöln0514](#)

Uwe Kerkow, Bonn

Der Bonner Journalist **Uwe Kerkow** befasste sich in seinem Beitrag zu Fragen des Rohstoff- und Energieverbrauchs und den transnationalen Handelsbeziehungen vor allem mit dem Problem, wie die Lieferketten von Rohstoffen überwacht und transparent gemacht werden können. Bei der deutschen Autoproduktion ist wichtig, dass etwa BMW und VW verantwortlich gemacht werden können bei Menschenrechtsverletzungen oder Umweltschäden bei ihren Rohstofflieferanten. Auch die Folgen des Investitionsschutzabkommens im TLC (Freihandelsabkommen) müssen genau beobachtet werden. –

Nach den interessanten Inputs unserer Referenten arbeiteten die SeminarteilnehmerInnen getrennt in Arbeitsgruppen zu Fragen der „**Wechselwirkungen durch die Veränderungen in Peru und hier bei uns**“ auf.

Hier nun zusammengefasst die AG-Ergebnisse:

Die AG **Rohstoff-Verbrauch: Konsum- und Wirtschaftswandel**, an der auch Nilton Deza mitdiskutierte, die derzeitigen Dimensionen der Rohstoffförderung und des Gold-Bergbaus in Cajamarca und deren ökologisch-soziale Folgen. In der anschließenden Diskussion kam die Gruppe zu der Schlussfolgerung, dass vor allem die marginalisierten und vor allem ländlichen Bevölkerungsgruppen in Peru negativ vom Rohstoffabbau betroffen sind. Bauerngemeinden und indigene Gruppen stehen vielfältig im Konflikt um Land, Wasser und Teilhabe v.a. mit transnationalen Unternehmen wie Newmont Mining Corporation in der Goldmine Yanacocha und die geplante Erweiterung mit dem Projekt Conga in Cajamarca. 20 Jahre Bergbau hat die Menschen verarmt, zurzeit ist Cajamarca die ärmste Region Perus, in der 52% der Bevölkerung in Armut lebt (laut INEI 2013).

Die AG sagt klar NEIN zum Conga-Projekt und spricht sich aus für die vermehrte Förderung und Gründung von mittelgroßen und kleinen familiären und auch kommunalen Unternehmen im Bereich der landwirtschaftlichen Produktion und dem Tourismus. Außerdem sollte dringend investiert werden in Bildungsförderung für Mädchen und junge Frauen, sowie in die Verbesserung des Gesundheitssystems und in den Bau von neuen Gesundheitszentren vor allen auf dem Land mit medizinischer Versorgung besonders für schwangere Frauen.

Die AG „**Anderer Handel / andere Handelsverträge**“ betont: Bei den TLC-Verhandlungen müssen unbedingt (peruanische/kolumbianische und deutsche) zivilgesellschaftliche Organisationen beteiligt sein, um Transparenz und eine kritische Öffentlichkeit zu garantieren. Zentrale Forderung von Seiten der Zivilgesellschaft sind verbindliche Regelungen zur Garantie der Einhaltung von Menschen- und Arbeitsrechten sowie von Umweltstandards in den Verträgen – unter Androhung von Sanktionen. Die Verträge sollten die Diversifizierung und wirtschaftliche Entwicklung Perus und Kolumbien fördern. Die Produktion und Nutzung von Generika müssen erleichtert und nicht verboten werden. Für uns hier in Europa ist deshalb die Wiederaufnahme bzw.

Weiterführung der Kampagne gegen das Freihandelsabkommen unabdingbar, sowie ggfflls. die spätere kritische Begleitung der Implementierung des Freihandelsabkommens. Ein wichtiger Kritikpunkt ist der Export von subventionierten europäischen Milchprodukten nach Peru und Kolumbien.

Die AG **„Ressource Regenwald: Konsequenzen nachhaltigen Umgangs für Peru und für uns“** stellt die Gefahren für den vielfältigen Regenwald Perus heraus: der enorme Druck auf die Ressourcen (Erdöl, Gas, Ölpalplantagen, Abholzung, Staudämme, landwirtschaftliche unsachgemäße Nutzung etc.). Die dort lebenden Indigenen werden von der Mehrheitsbevölkerung immer noch eher als Objekte und nicht als Subjekte, nicht als BürgerInnen mit eigener Kultur und eigenen Bedürfnissen gesehen. Deshalb unterstützen wir die generelle Forderung unter dem Motto: „Regenwaldschutz ist Menschenchutz!“ Indigene Völker leben im Wald und vom Wald ! Internationale Konventionen und deren Einhaltung bzw. Umsetzung (z.B. ILO 169) sind die Grundlage unserer Solidaritäts- und Unterstützungsarbeit Die Kooperation muss eingepasst werden in die strategischen Vorstellungen der indigenen Organisationen und Verbände: D.h., Sicherung des Territoriums (Landtitel für Dorfgemeinschaften), effektiven rechtlichen Schutz (also echte Consulta Previa), keine Beschneidung von ausgewiesenen Schutzgebieten, Ermöglichung echter Partizipation (im Bereich der politischen Mitsprache, bei Kulturförderung) , zweisprachige Schulbildung, Umsetzung des Bürgerhaushalts“ (presupuesto participativo), und ganz klar nur nachhaltige Nutzung des Regenwaldes (d.h. integrale Waldbewirtschaftung unter Nutzung lokaler Möglichkeiten , aber auch „sanfter“ Tourismus). Eine wichtige Aufgabe für uns hier ist sicherlich, die REDD-Projekte kritisch im Blick zu haben (CO-2-Ablasshandel für den Norden) und auch die Umsetzung des Konzeptes der „REDD Indigena“ kritisch zu hinterfragen. Notwendige Maßnahmen hier, neben der politischen Unterstützung des Kampfes indigener Organisationen (z.B. gegen Großprojekte der extraktiven Industrie) ist die Aufklärung und Informationsarbeit über die Notwendigkeit zum Verzicht auf Tropenholz und auch zu geringerem Papierverbrauch. - Im Dezember 2014 wird in Lima der internationale Kongress COP 20 (Klimawandel / Maßnahmen), mit Tausenden von internationalen TeilnehmerInnen stattfinden. Wir unterstützen vorrangig die Teilnahme indigener Partnergruppen; unsere Kölner Partner-NGO Infoe ist diesbezüglich bereits stark involviert.

Die AG **„Rolle der Öffentlichen Verwaltung in Peru angesichts der Probleme durch den Extraktivismus“** resümiert ihre Diskussion wie folgt: Die Verantwortlichkeiten in der Verwaltung sind unübersichtlich, oft undurchschaubar und auf allen Ebenen debil und die Verantwortlichen nur ungenügend vorbereitet für ihre Aufgaben. Korruption und institutionelle Schwächen behindern ein effizientes Monitoring, etwa der Konzessionsvergabe und der Umweltbelastungen. Als Ausweg wird von der AG das „Empowerment“ der betroffenen peruanischen Zivilgesellschaft gesehen, damit diese in informierter und konstruktiver Form Reformvorschläge entwickeln, dafür kämpfen und die Umsetzung begleiten kann.

Die AG **„Gesellschaftliche Veränderungen hier und dort – Herausforderungen für die Solidaritätsarbeit“** war sich einig über die drastischen gesellschaftlichen Veränderungen in Peru in den vergangenen Jahren: Die beiden zu beobachtenden Tendenzen zu "nachholender Entwicklung" und zugleich rasanter Modernisierung im Bereich Kommunikation und Information haben das Land verändert, aber die extreme Kluft zwischen Arm und Reich nicht verhindert, sondern eher verschärft. Zudem sind die Schritte hin zu mehr partizipativer Demokratie und Teilhabe fast zusammengebrochen. Auch traditionelle Organisationen wie Gewerkschaften, Bauern-, Frauen- und Bewohnerverbände sind stark geschwächt bzw. existieren nicht mehr. Das System der repräsentativen Demokratie mit beständigen politischen Parteien funktioniert nicht mehr. Regionale Ungleichheiten treten scharf hervor. Dem gegenüber ist die mediale und wirtschaftliche Machtkonzentration stark gewachsen. In der (wachsenden) städtischen Mittelschicht kann allerdings ein verstärktes Umweltbewusstsein beobachtet werden, sie investiert zunehmend in

private Bildung. Die Auswanderung gerade junger Leute aus der Mittelschicht nimmt zu, die interne Migration in die Städte bedroht die kulturelle Identität vor allem der indigenen Bevölkerung.

- Die Solidaritätsarbeit sollte verschiedene Initiativen unterstützen und fördern bzw. auf die Wege bringen: Förderung aller Ansätze von Transformation, wie des "Buen Vivir" und Kooperativismus, und Förderung von Gegenöffentlichkeit und alternativen Medien. Außerdem müssen die noch vorhandenen Basisorganisationen, evtl. Gewerkschaften, und Gruppierungen des Kampfes gegen Rassismus sowie regionale und lokale Gruppierungen gestärkt werden. Das heißt auch, wir hier sollten auch unsere Partnerstrukturen zu überdenken, d.h. weniger mit NGOs zu kooperieren, sondern mehr mit Gruppen und Verbänden. Und wir sollten alles tun um zu verhindern, dass unsere westliche / europäische Konsum- und Wirtschaftsweise weiterhin "exportiert" und imitiert wird. Demgegenüber müssen Projekte und Maßnahmen alternativer Lebens-, Arbeits- und Organisationsformen gezielt gestärkt werden, und die Erfahrungen damit verbreitet und diskutiert werden. -

Marco Arana , Cajamarca

Ein besonderer Gast bei unserem Seminar, der Umweltaktivist und Politiker **Marco Arana** aus Cajamarca übernahm die Aufgabe, uns am letzten Seminartag die derzeitige politische Konjunktur in Peru darzustellen. Er hob einerseits die große Frustration in der Bevölkerung bezüglich der Regierung Humala hervor, welche zu einem starken Verlust an Glaubwürdigkeit für das politische System insgesamt beigetragen habe. Die Regierung befinde sich im "Zangengriff" der großen Unternehmen, die Basisbewegungen weitgehend zerstört hätten; linke Parteien seien fast nicht mehr existent, der Dezentralisierungspolitik im Stocken und politische Proteste würden zunehmend kriminalisiert. Die versprochene soziale Inklusion bzw. "Umverteilung" der Reichtümer sind trotz der aufgelegten Sozialprogramme nicht wirklich vorangekommen.

Marco Arana fordert von den politischen Gruppierungen eine klare Position zur Frage des Extraktivismus und der ökologischen, nachhaltigen und selbstbestimmten Entwicklung des Landes. Vor allem lokale und regionale Gruppierungen und Bewegungen müssten in ihrem Kampf um Teilhabe bei Entscheidungen etwa zu Projekten der Extraktivwirtschaft unterstützt und gestärkt werden, um von unten her den Entpolitisierungsprozess umzukehren. - Das waren klare Worte von Marco Arana!-

Wir hier in Deutschland werden im Jahr 2014 weiterhin in Solidarität zu Peru aktiv sein und hoffen so zu einer gerechten und nachhaltigen Entwicklung des Landes und seinen Menschen beitragen zu können. Was steht an?

- das "Cajamarcagruppentreffen" in Herzogenaurach zum Thema der "andinen Cosmovision"

- ein Treffen in Kassel der ehemaligen Peru-Freiwilligen

- Vorbereitung auf die COP20 : PEP plant eine Infomappe für europäische Journalisten die zur COP20 fahren, Infoe ist an der Organisierung der indigenen Beteiligung (COICA) beteiligt, es besteht der Vorschlag einer "Cumbre paralelo" (eines von unten und parallel organisierten Umweltgipfels) , den wir und auch Marco Arana unterstützen, in jedem InfoPeru werden wir in diesem Jahr jeweils zu einem Aspekt der COP20 berichten,

- als neues Arbeitsthema wurde angeregt, sich intensiver mit der Lebenssituation von PeruanerInnen in Deutschland zu befassen und evtl. eine AG dazu zu gründen.

Der Termin für unser großes **Perutreffen** für das kommende Jahr steht auch schon fest, vom **24. bis 26. April 2015** werden wir uns wieder in Köln treffen, und sicher wieder spannende Diskussionen führen!

Mechthild Ebeling

3. Fünf Jahre nach dem „Baguazo“ : Gerichtsprozess eröffnet

Die Stadt Bagua im nördlichen Teil des peruanischen Amazonasgebietes ist seit dem 14. Mai 2014 Schauplatz eines Gerichtsprozesses, der aufgrund seiner kulturellen und politischen Hintergründe, seiner Komplexität und politischen Signalwirkung bislang einzigartig in der Geschichte Perus ist. Fünf Jahre mussten die 53 Angeklagten, 24 Indigene (in der Mehrzahl Aguaruna und Huambisa) und 29 Mestizen, auf den Beginn des Prozesses warten. Sie sollen sich für die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Polizei, Indigenen und Mestizen in der „Teufelskurve“ bei Bagua verantworten. Bei den Auseinandersetzungen an verschiedenen Orten in der Umgebung von Bagua, dem so genannten Baguazo, waren am 5. Juni 2009 insgesamt 33 Menschen – 23 Polizisten und 10 Zivilisten – getötet worden. 205 Personen wurden zum Teil schwer verletzt. Ein Polizist wird bis heute vermisst. Die Mehrzahl der Verletzten waren Indigene (172) und Mestizen. Fünfzig von ihnen wurden durch Gewehrkugeln teilweise lebensgefährlich verletzt, darunter Santiago Manuin, einer der namhaften Leiter der Aguaruna. In diesem Prozess geht es um die Gewaltakte, die in der so genannten Teufelskurve verübt wurden.

Auslöser: Dekrete zur Landnutzung

Auslöser für den Konflikt war ein ganzes Paket von Gesetzesvorlagen gewesen, die der ehemalige Präsident Alán García in seiner zweiten Amtszeit (2006–2011) durch den Kongress verabschieden lassen wollte. Denn die Gesetzesvorlagen verletzten die Rechte der indigenen Völker auf den ausreichenden Schutz des Landes ihrer Dorfgemeinschaften sowie auf Selbstbestimmung und Konsultation. Zudem erleichterten sie erheblich die Ausbreitung extraktiver Industrien im Amazonasgebiet. Daher protestierten die indigenen Völker, insbesondere die Aguaruna und Huambisa, massiv gegen diese gesetzlichen Maßnahmen und blockierten über einen längeren Zeitraum eine wichtige Verbindungsstraße ins Amazonasgebiet, um die Regierung zu fairen Verhandlungen zu bewegen. Die Straßenblockade wurde am 5. Juni 2009 gewaltsam durch einen groß angelegten Polizeieinsatz mit schwer bewaffneten Polizisten aufgehoben.

Viele Indigene, die unter Anklage stehen, hatten für den Prozess eine weite und beschwerliche Reise von ihren Dörfern bis in die Stadt Bagua zurückgelegt. Laut dem vorsitzenden Richter, Gonzalo Zabarruru, wird sich der Prozess wohl bis Ende dieses Jahres hinziehen. Die katholische Kirche ist auf mehrfache Weise im Hinblick auf den Prozess engagiert. Denn die Mehrzahl der Indigenen wird von Rechtsanwälten verteidigt, die die „Bischöfliche Kommission für Soziale Aktion“ (CEAS) stellt. Während der verschiedenen Gerichtstermine sorgt CEAS zusammen mit dem Vikariat für Jaén auch für die Unterbringung, Verpflegung und psychische Begleitung der Indigenen, die unter Anklage stehen. Denn für diese sind die kontinuierlichen Reisen nach Bagua zu den verschiedenen Prozessterminen mit hohen Kosten verbunden. In vielen Fällen hilft die Kirche den Indigenen, das notwendige Geld für den Transport aufzubringen. Die Provinz Condorcanqui, in der die meisten der angeklagten Indigenen leben, gehört zu den ärmsten im Land.

Zur Eröffnung des Prozesses, der mit großer Spannung erwartete wurde, war der Gerichtssaal neben den Angeklagten, Richtern, Staatsanwälten, Verteidigern und Polizisten mit Reportern nationaler und internationaler Medien, Vertretern von Menschenrechtsorganisationen und kirchlichen Mitarbeitern gefüllt. Auch der Bischof von Jaén, Mons. Santiago de la Rasilla, und zwei internationale Prozessbeobachter vom „Washington Office on Latin America (WOLA) und „Amazon Watch“ waren anwesend.

Prozessbeginn ohne Übersetzer

Bereits am ersten Tag des Prozesses zeigte der Richter, der den Vorsitz führt, Bereitschaft, die Prozessbedingungen für mehrere der angeklagten Indigenen zu erleichtern. So ordnete er an, die die Gefängnishaft von Feliciano Cahuaza in Hausarrest umzuwandeln. Feliciano hatte fünf Jahre unter unmenschlichen Bedingungen in Untersuchungshaft gesessen, obwohl die Untersuchungen eindeutig ergeben hatten, dass er keinen Schuss abgefeuert hatte und somit keinen Polizisten erschossen haben konnte. Die Nachlässigkeit des Gerichtes in Bagua, was die Vorkehrungen für eine Übersetzung in die verschiedenen indigenen Sprachen betraf, rief breite Empörung hervor. Denn das Gericht hatte trotz der langen Vorbereitungszeit nicht dafür gesorgt, dass zu Prozessbeginn Übersetzer anwesend waren. Dieses Versäumnis wurde von den Verteidigern stark kritisiert; sie forderten die Präsenz von Übersetzern für die weiteren Gerichtsverhandlungen. Inzwischen hat der vorsitzende Richter diese Forderung erfüllt.

Juan José Quispe vom „Instituto de Defensa legal“ (IDL), richtete als Verteidiger das Gesuch an den vorsitzenden Richter, im Verlauf des Prozesses sowohl den ehemaligen Präsidenten Alán García als auch die damalige Innenministerin Mercedes Cabanillas und den damaligen Vorsitzenden des Ministerrates, Yehude Simon, als Zeugen vorzuladen werden, da die Anordnung für den Polizeieinsatz vom 5. Juni 2009 von oberster Regierungsstelle gekommen war. Sein Gesuch wurde jedoch vom vorsitzenden Richter mit der äußerst fragwürdigen Begründung abgelehnt, dass die Politiker nicht am Ort des Geschehens („Teufelskurve“) gewesen seien.

Staatsanwalt fordert lebenslänglich

Die lange Liste der Anklagen, die die Staatsanwaltschaft gegen die Indigenen und Mestizen erhebt, umfasst u.a. vorsätzliche Tötung, schwere Körperverletzung, Behinderung der öffentlichen Dienste, Störung der öffentlichen Ordnung, Aufruhr sowie Entwendung von polizeilichen Dienstwaffen und Munition. Für mehrere Leiter indigener Organisationen wie Alberto Pizango (Asociación Interétnica de Desarrollo de la Selva; AIDSESEP) und Santaigo Manuin Valera (Comisión Especial Permanente de los Pueblos Awajun y Wampis; CEPPAW) hat die Staatsanwaltschaft lebenslängliche Haftstrafen gefordert. Denn sie werden beschuldigt, Anstifter der Gewaltakte gewesen zu sein. Allerdings sind die Staatsanwälte bislang für diese wie für die anderen Anklagen stichhaltige Beweise schuldig geblieben.

Während der Gerichtsverhandlungen am 26. und 27. Mai wurde ebenfalls deutlich, dass die Anklage auf einem sehr dünnen Fundament steht. Mehrere Indigene sagten aus, dass sie am 5. Juni 2009 willkürlich von der Polizei unter Schlägen und Beschimpfungen verhaftet worden seien. Keiner von ihnen hatte bei seinem Verhör in der Polizeistation einen Anwalt und einen Übersetzer zur Seite. Zudem wurde ihnen die schriftliche Fassung ihrer Aussage nicht vorgelesen, bevor sie diese unterschrieben. Während des Verhörs wurden sie weiterhin physisch misshandelt. All das

sind schwere Verstöße gegen das Gesetz und grobe Verletzungen grundlegender Rechte von Verhafteten. Nach Ansicht mehrerer Verteidiger müssten die Anklagen, die auf diese Weise zustande gekommen sind, fallen gelassen werden.

Auch für den katholischen Bischof von Jaén sind viele Aspekte des Prozesses fragwürdig und er betont, dass es nicht zu dem Gewaltausbruch gekommen wäre, „wenn der Kongress und die Regierung beizeiten und nicht erst im Nachhinein die umstrittenen Gesetzesdekrete abgeschafft und das Konsultationsgesetz auf den Weg gebracht hätten. All die Polizisten und Zivilisten wären nicht gestorben, wenn diejenigen, die die höchste politische Macht innehatten, nicht die Polizeiaktion angeordnet hätten, mit der sie die Indigenen, die die Landstraße blockiert hatten, in den frühen Morgenstunden des 5. Juni überraschen wollten, sondern ihnen Zeit für den Rückzug gegeben hätten. Denn diese hatten bereits am 4. Juni entschieden, am darauffolgenden Tag die Blockade aufzuheben, und sie hatten ihre Entscheidung öffentlich kommuniziert. Das kann ich bezeugen.“

In den kommenden Monaten wird sich zeigen, ob in diesem Prozess mit dem Urteil Recht gesprochen werden wird oder ob politische Machtinteressen die Urteilsfindung stark beeinflussen werden.

Birgit Weiler (Missionsärztliche Schwestern)

4. Umwelt-Preis für Ashaninka-Führerin Ruth Buendía

Ruth Buendia Mestoquiari (37) hat dieses Jahr den renommierten Goldman-Umwelt-Preis gewonnen. Die Ashaninka-Führerin hat enge Verbindungen zur Stadt München. Die Mutter von 5 Kindern ist eine engagierte, kämpferische Frau. Sie ist seit einigen Jahren gewählte Präsidentin der Central Asháninka Rio Ene (CARE) für die Dorfgemeinschaften im zentralen Regenwald, in der Region, wo vor Jahren die Horden des Leuchtenden Pfads wüteten. Ruth Buendía verlor dadurch als Kind ihren Vater.

Vor einigen Jahren plante die peruanische Regierung (erneut), nunmehr mit dem brasilianischen Großunternehmen Odebrecht, den Ene-Fluss in der Schlucht Pakizapango (Haus des Adlers) auf zu stauen. Damit sollte Strom erzeugt werden für die Verarbeitung von Aluminium im brasilianischen Bundesstaat Acre. Durch den dabei entstandenen Stausee würden Tausende von Menschen ihre Heimat verlieren und erneut Regenwald vernichtet. Es gelang der indigenen Organisation CARE, auch dank internationaler Unterstützung (auch der Informationsstelle Peru e.V.), und auch dank der Hilfe einer guten und fachkundigen Rechtsanwältin, die Sache publik zu machen und massiven Druck dagegen aufzubauen. Spendengelder aus München ermöglichten eine intensive Informationskampagne in den indigenen Dörfern und kleinen Städten im zentralen Regenwald über die Auswirkungen des Staudamm-Projekts. Damit wurde die Informationsmacht der Befürworter durchbrochen. Letztendlich hat die Firma Odebrecht (vorläufig?) das Vorhaben ausgesetzt, mit der Begründung, die soziale Akzeptanz sei nicht gegeben.

Die Anti-Staudamm-Kampagne wurde mit großem Engagement von Ruth Buendia M. angeführt. Dieses Engagement wurde nun mit der Auszeichnung des Goldman-Preises am 28.4.2014 geehrt. Der Goldman-Preis gilt als eine der wichtigsten Auszeichnungen für ein Engagement im Umweltbereich. Pro Jahr wird jeweils nur eine Person aus jedem Erdteil damit ausgezeichnet.

Zusammenarbeit mit CARE

Im Jahre 2008 konnte Ruth Buendia M. im Rahmen der Kooperation München-Asháninka nach München eingeladen werden. Finanziert wurde der Besuch über eine Großveranstaltung der TV-Serie Lindenstraße mit einem Umweltschwerpunkt in der Sendung. Ruth Buendía sprach vor Tausenden Menschen auf dem Marienplatz über die Bedeutung „ihres“ Regenwaldes. Die Öffentlichkeitsarbeit einer Solidaritätsgruppe lernte sie am Infostand der Perugruppe München kennen, wo sie – mit Übersetzung – viele interessante Gespräche führte und u.a. ein Seminar mit Jugendlichen im Bayerischen Wald durchführte. Bei meinen späteren Besuchen im zentralen Regenwald hatte ich immer wieder Gelegenheiten, mit ihr Absprachen zu treffen.

Ein anderes Beispiel aus dem zentralen Regenwald:

Während Ruth Buendia M. und die Organisation CARE sich gegen diese Form des Extraktivismus wehren, sieht es bei anderen indigenen Organisationen anders aus. In der gleichen Region, am Tambo-Fluss, agieren die Verantwortlichen der Organisation CART (Koordination der Asháninka am Rio Tambo). Sie verhandeln mit den Erdölunternehmen Repsol und Pluspetrol, um von den zu erwarteten Gewinnen aus der Förderung von Erdgas und Erdöl etwas ab zu bekommen. Hier ist die Rede vom Bau einer Schule oder eines Krankenhauses, bei Investitionen von 800 Millionen Dollar – die sich ja dann auch rentieren sollen. CART gehört zum Zusammenschluss CONAP, von dem immer wieder berichtet wird, dass dieser eher unternehmensfreundlich ist.

(Informationen direkt von CARE und von Inforegion vom 29.5.14, Heinz Schulze)

5. Das Gute Leben ist ein Konzept, keine Praxis! – Interview mit Eduardo Gudynas

Eduardo Gudynas ist Sozial-Ökologe am "Centro Latinoamericano de Ecología Social " CLAES in Montevideo und einer der prominentesten Vordenker des Post-Extraktivismus und des "Buen Vivir" (Gutes Leben).

Er nahm Mitte Mai auf Einladung der NGO RedGE an einem Seminar zum Thema Postextraktivismus und Klimawandel in Lima teil. InfoPeru führte aus diesem Anlass folgendes Gespräch mit ihm.

InfoPeru: Wie gehen "Buen Vivir" und Wirtschaftswachstum in Lateinamerika zusammen ?

Eduardo Gudynas: "Buen Vivir" ist nicht identisch mit dem Begriff der "De-croissance", des Anti-Wachstums, wie er in Europa gebraucht wird. Im Konzept des "Buen Vivir" ist das Wachstum selber keine Größe, sondern es geht um die Lebensqualität sowohl für die Gemeinschaft als auch für die Umwelt. Dazu kann es nötig sein, dass einige Sektoren wachsen, zum Beispiel Bildung und Gesundheit. Unser Begriff vom Guten Leben orientiert sich eher an der Gemeinschaft und am Ökosystem, nicht so sehr am Individuum. In diesem Sinn könnten wir sagen, das Buen Vivir ist a-wachstumsrelevant. Wachstum ist keine wichtige Variable im Konzept.

InfoPeru: In der Praxis spürt man in Lateinamerika doch noch sehr wenig von der Sorge um die Umwelt

Eduardo Gudynas: Das "Buen Vivir" ist ein Konzept, keine Praxis. Es ist eine Idee auf hohem Reflexionsniveau, die verschiedenen Praktiken eine Richtung vorgeben kann. Momentan wollen einige Regierungen in Südamerika sich das Konzept des Guten Lebens aneignen und für sich

instrumentalisieren. Aber wenn wir die Diskussion in Ecuador anschauen (wo das Gute Leben Verfassungsrang hat, und die Regierung dennoch für die Erdölförderung im Nationalpark plädiert), dann hat das nichts mehr mit dem Guten Leben zu tun. Die Erdölförderung bringt im Moment vielleicht Einkommen, aber die Umweltauswirkungen wird später der Staat, sprich alle Bürger, zahlen müssen.

InfoPeru: Ist es nicht so, dass zuerst die materiellen Grundbedürfnisse gedeckt sein müssen, bevor die Menschen das Bedürfnis nach einem Guten Leben mit der Umwelt und der Gemeinschaft spüren ?

Eduardo Gudynas: Dafür gibt es keinen empirischen Beweis. Die Theorie des Post-Materialismus wurde bereits vor 15 Jahren widerlegt.

InfoPeru: Was hat das Konzept des "Buen Vivir" zu den aktuellen sozialen Konflikten zu sagen ?

Eduardo Gudynas: Bei einem grossen Teil der Konflikte geht es um die Kontrolle und die Entschädigung für natürliche Ressourcen. Diese Konflikte hinterfragen die Rohstoffausbeutung nicht als solche.

Bei einem kleineren Teil dagegen, lehnen die Leute die Rohstoffausbeutung an sich - oder an einem bestimmten Ort - ab. Die Konflikte unterscheiden sich nach diesem Kriterium: ist die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen verhandelbar oder ist sie es nicht. Da, wo die Ausbeutung verhandelt wird, wächst die Wirtschaft. Auch die fortschrittlich-linken Regierungen in Lateinamerika setzen auf die Verhandelbarkeit, dass der Verlust natürlicher Ressourcen kompensiert werden kann. Der Streit geht dann darum: wer bekommt wieviel Geld ? Diese Konfliktlinie zwischen verhandelbarer Ausbeutung oder radikaler Ablehnung zieht sich durch die indigenen Gemeinschaften selber hindurch.

InfoPeru: Wie unterscheidet sich das Konzept des Buen Vivir von anderen ähnlichen Konzepten, z.Bsp. dem grünen Wachstum ?

Eduardo Gudynas: Im Buen Vivir hat auch die Natur - also Tiere und Pflanzen - ein eigenes Recht auf Leben. Deshalb existiert auch im Fall Yasuni (Erdölbohrung im Nationalpark Yasuni in Ecuador) keine Lösung, die weniger negative Auswirkungen auf die Umwelt hätte als andere: Denn Pflanzen und Tierarten werden davon betroffen sein. Das Konzept des Guten Lebens akzeptiert deshalb keine Ausgleichszahlungen für die Nutzung oder Zerstörung natürlicher Güter. Die Natur darf man nicht verschachern. Für uns macht es auch keinen Sinn, von der Natur als Kapital zu reden. Allerdings verteidigen wir einen hohen Preis für Rohstoffe. Da wir nicht gegen Wachstum an sich sind, macht auch die Gegenüberstellung von "grünem Wachstum" und "Lebensstiländerung" für uns keinen Sinn.

InfoPeru: wie nehmen Sie die Debatte in Peru wahr ?

Eduardo Gudynas: Das "Gute Leben" ist auch in anderen Ländern das Thema einer Minderheit, aber Peru hat bei weitem die wenigste Offenheit für diese Debatte. Der öffentliche Diskurs in Peru sehr einseitig von einer engen ökonomischen Sicht geprägt, und dies hat sich noch verstärkt in den letzten Jahren. Die grossen Medien in Peru sind sehr konservativ und autoritär. In Bolivien und Ecuador hat die Debatte viel mehr Kraft. Dort wird auch der Entwicklungsbegriff als kultureller Begriff diskutiert. In Peru gibt es nur die ökonomische Sichtweise.

InfoPeru: Was ist dann die Aufgabe des Buen Vivir ?

Eduardo Gudynas: Das Buen Vivir hat keine Rezepte für die Praxis, es ist ein Fühlen und anderes Denken, das zu Skizzen für eine alternative Praxis führen kann. Aber ein "Handbuch des Guten Lebens", oder ein Ranking des Guten Lebens, wie es die UNO macht, widerspricht dem innersten Kern des Konzeptes.

InfoPeru: Ist das Konzept des Guten Lebens identisch mit der indigenen Kosmovision ?

Eduardo Gudynas: Das Konzept des Guten Lebens bezieht sich nicht nur auf die Kosmovision indigener Völker, auch wenn es ohne diese wohl kein "Gutes Leben" gäbe. Als Inspiration ist der Öko-Feminismus ebenso wichtig wie die Tiefenökologie des verstorbenen norwegischen Philosophen Arne Naess.

Das Gespräch führte Hildegard Willer in Lima.

6. Hilfswerke arbeiten vermehrt mit peruanischen Mitteln

Der neue Bericht der COEECI zur Lage der privaten Entwicklungszusammenarbeit in Peru birgt einige Überraschungen. Alle zwei Jahre veröffentlicht der Dachverband der in Peru tätigen privaten ausländischen Hilfswerke und NGOs "COEECI" (Coordinadora de Entidades Extranjeras de Cooperación Internacional) diesen Bericht. In der COEECI sind 54 Hilfsorganisationen zusammengeschlossen, die in Peru eine offizielle Niederlassung haben.

Die Hilfswerke "Brot für die Welt" und "Welthungerhilfe" sind die grössten deutschen Hilfswerke, die in der COEECI vertreten sind. Das Hilfswerk Misereor dagegen und viele kleinere Hilfswerke oder -vereine unterhalten keine eigene Aussenstruktur in Peru und sind deshalb auch nicht Mitglied in der COEECI.

Der Bericht 2013, der mit Zahlen aus den Jahren 2011 und 2012 arbeitet, birgt einige Überraschungen:

1. Das Volumen der privaten EZ ist nur sehr leicht zurückgegangen

Obwohl Peru ein seit Jahren stabiles Wirtschaftswachstum aufweist und inzwischen zu den Ländern mit mittlerem Einkommen zählt, ist das Volumen der privaten Entwicklungszusammenarbeit bisher nur leicht zurückgegangen. Im Jahr 2011 haben die in der COEECI zusammengeschlossenen Hilfsorganisationen mit 143,46 Millionen USD sogar einen Rekordbeitrag investiert. Der ging im Jahr 2012 zwar auf 136 Millionen zurück, das ist aber immer noch höher als die Jahre zuvor.

2. Die Zahl der NGOs steigt

Bis 2009 hat die Zahl peruanischer Nicht-Regierungsorganisationen zugenommen. Dies kann mit ein Grund sein für den gefühlten Rückgang der EZ-Mittel: die Konkurrenz um die gleichen Mittel ist grösser geworden.

3. Mehr Hilfswerke mit weniger Eigenmitteln

Auch die Zahl der internationalen ONGs/Hilfswerke mit Büro in Lima hat bis zum Jahr 2012 zugenommen. Dies mag überraschen, angesichts der wirtschaftlichen Stärke Perus. Wenn man genauer hinschaut, dann haben allerdings die Eigenmittel der Hilfswerke abgenommen. 40% der von den Mitgliedsorganisationen der COEECI verfügbaren Mittel stammten nicht mehr aus dem

Herkunftsland, sondern aus der lokalen Aquis. Was heisst dies ? Die peruanische Niederlassung eines Hilfswerkes tut sich mit einer peruanischen NGO zusammen und bewirbt sich auf in Peru ausgeschriebene Mittel meist internationaler Organisationen (Europäische Union, Interamerikanische Entwicklungsbank, Internationaler Währungsfond etc). Gerade Hilfswerke aus europäischen Krisenländern, in denen die staatlichen wie auch die Spendenmittel aufgrund der Krise zurückgegangen sind, finanzieren sich mit lokalen EU-Mitteln.

Diese Praxis ist zweischneidig: zwar profitieren kleinere peruanische NGOs auf diese Weise von der Expertise eines grösseren Hilfswerkes bei der Aquis multilateraler Mittel, für die sie alleine keine Kapazitäten gehabt hätten. Jedoch wird in dieser Partnerschaft zwischen ausländischem Hilfswerk und peruanischer NGO, der Kurs oft vom ausländischen Hilfswerk bestimmt.

Aus originären Hilfswerken, die Spenden und öffentliche Mittel aus ihrem Herkunftsland nach Peru transferieren, werden so immer mehr international tätige Consulting-Unternehmen der Hilfsindustrie, die ihre Filialen nur durch die Aquis lokaler Mittel aufrechterhalten können. Dabei konkurrieren sie mit den lokalen NGOs um die gleichen Mittel.

4. Zusammenarbeit mit Privatwirtschaft

25% der Mittel der Mitgliedsorganisationen der COEECI stammen von lokalen privaten Trägern - also Firmen mit peruanischer Niederlassung. Oft - aber nicht nur - sind das Bergbauunternehmen. Hier muss man allerdings wissen, dass die COEECI ein sehr heterogener Dachverband ist. Die mit Abstand umsatzstärksten Mitglieder sind CARE und World Vision aus den USA, die beide stark mit Mitteln aus der Privatwirtschaft arbeiten.

5. Lokale staatliche Mittel und Süd-Süd-Partnerschaften spielen noch keine Rolle

Obwohl der peruanische Staat viel Mittel zur Verfügung hat, und vor allem einige Regional- und Lokalregierungen es nicht schaffen, ihr Jahresbudget auch nur annähernd sinnvoll auszugeben, so kommen doch nur 0.4% der Mittel der COEECI-Mitgliedsorganisationen vom peruanischen Staat. Die Antragstellung für öffentliche Mittel gilt in Büro als äusserst bürokratisch. Ebenso gibt es in Peru bis Ende 2012 keine nennenswerten Süd-Süd-Partnerschaften, also zwischen (ehemaligen) Entwicklungsländern, die über eine Absichtserklärung hinaus gingen.

In Zukunft, so der Bericht, wird die private EZ mit Eigenmitteln in Peru wohl noch mehr zurückgehen, und die lokalen staatlichen und privaten Mittel an Gewicht gewinnen, so wie sie bereits heute für einige Organisationen der EZ heute eine grosse Rolle spielen.

Schliesslich formuliert der Bericht noch vier künftige Herausforderungen für die private Entwicklungszusammenarbeit in Peru:

- a) Armut und Ungleichheit in Ländern mittleren Einkommens
- b) Strategische Entwicklungszusammenarbeit, um Einfluss auf politische Massnahmen zu nehmen
- c) Die Debatte um Entwicklungsmodelle
- d) Neue Modalitäten der Entwicklungszusammenarbeit und die Aquis lokaler Mittel

Der spanische Bericht der COEECI kann hier heruntergeladen werden. [coeeci-informe-2013-completo-WEB](#)

7. Entwicklungspolitische Bildungsarbeit braucht Referenten aus Peru!

In der Zeit vom 9.5. bis 28.5. weilte der peruanische Sozialwissenschaftler Carlos Herz von „Red Peru“ in Deutschland und war in dieser Zeit gefragter Referent bei diversen Bildungsveranstaltungen. Sein Flugticket hatte der Verein ZBB e.V./Youventus (München) bezahlt.

Es hat sich wiederum gezeigt, wie wichtig und motivierend es ist, wenn wir hier in Deutschland mit „theoretischen Praktikern“ aus Peru entwicklungspolitische Bildungsarbeit machen können. Leider werden durch das FEB-Programm des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) die Flugkosten solcher ReferentInnen generell nicht bezahlt. Hier wäre ein Umdenken angesagt!

Carlos Herz war Referent auf dem Seminar unserer Informationsstelle Peru (9.-11.5. in Köln) zum Thema „Landwirtschaft, Rohstoffwirtschaft, Gesellschaft – Perspektiven und Alternativen für Peru.“ Er stieß eine lebhafte Debatte an zur Frage einer selbstbestimmten landwirtschaftlichen Entwicklung in Peru und der notwendigen gesellschaftlichen und politischen Reformen.

Er beriet im Anschluss einen Verein in Bonn zu einem größeren Projekt im peruanischen Regenwald.

Am 16. und 17.5. war er Referent (in München) beim Kongress „25 Jahre Nord-Süd -Forum München – Für eine solidarische Welt“ mit den Schwerpunktthemen „Globale Umweltzerstörung, ökologische Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“ sowie „Partnerschaftliche Entwicklungszusammenarbeit.“

Am 18.5. informierte er über seine Recherchen über Kooperationsprojekte indigener Organisationen der Asháninka im zentralen Regenwald Perus. Der Arbeitskreis München-Asháninka hatte ihn vorab gebeten, eine Evaluierung von Projekten zu machen, die im Laufe der Zeit von München aus unterstützt wurden. Am 18.5. abends informierte er die Gruppe „Youventus“ in München, welche Aktivitäten in den Städten Pisco und Chilca (Dept. Ica) zur Bewußtseinsbildung und Stärkung der Selbstorganisation von Jugendlichen und Frauen (im Rahmen der solidarischen Ökonomie) finanziell unterstützt hatte.

Vom 19.5. bis 22.5. fuhr Carlos Herz in die Schweiz und beriet eine Nichtregierungsorganisation in Zug (Schweiz), die sich im Bereich der Bergwerkstätigkeit des Unternehmens Glencore Xstrata für die Region Espinar (bei Cusco) engagiert.

Es folgte am 23.5. ein Vortrag in der Kirchlichen Hochschule für Soziale Arbeit in München zum Thema: „Was ist bei einer entwicklungspolitischen Zusammenarbeit unbedingt zu beachten, damit diese positive Ergebnisse erbringt.“ Am 23.5. abends informierte er auf einer gut besuchten Veranstaltung des „AK Lateinamerika des Nord Süd Forum München e.V.“ (Perugruppe München) zum Thema: „Noch mehr Rohstoffausbeutung – Königsweg zur Selbstbestimmung, mit kritischem Blick auch auf die reale Praxis der Buen-Vivir-Länder Bolivien und Ekuador.“

Am 24.5. stand eine Teilnahme an Kundgebung und Protestmarsch in München gegen Monsanto und Co. auf dem Programm. Am 27.5. stand ein Vortrag in der Hochschule München für Angewandte Sozialwissenschaften, Fakultät für Soziale Arbeit, auf dem Programm. Das Thema: Genau hinschauen, gut urteilen – angemessen handeln. Erfahrungen aus der Begleitung von Basisprojekten in Peru.

Nach diesen anstrengenden Tagen, die aber auch mit vielen wichtigen und interessanten Gesprächen und viel Austausch angefüllt waren, ging es 29.5. früh zurück nach Peru.

Für die Solidaritäts- und Projektunterstützungsarbeit seitens der hiesigen Zivilgesellschaft, so eine der zentralen Empfehlungen von Carlos Herz, ist zu bedenken: Der peruanische Staat ist keineswegs „Einkommens-arm“. Er hat hohe Einnahmen z.B. aus der extraktiven Industrie (über den Canon Minero). Deshalb ist es nicht mehr so entscheidend, von hier schwerpunktmäßig etwa den Bau von Schulen oder Krankenhäusern finanziell zu unterstützen. Wichtiger ist vielmehr, Strukturen zu fördern, durch die Menschen befähigt und motiviert werden („Empowerment“), dass sie sich besser informieren können, dass ihre Organisationen gestärkt und funktionsfähiger werden, um dadurch für die Erlangung ihrer Rechte als vollwertige Staatsbürger eintreten können.

Heinz Schulze, München

8. Wirtschaftsboom dank illegaler Geschäfte

14. März 2014, 23.45 an einer Tankstelle an der Ausfahrtstrasse von Huacho, ein paar Hundert Kilometer nördlich von Lima: Ezequiel Nolasco, sein Anwalt und ein Sicherheitsmann befinden sich in der Kneipe. Ein Jugendlicher stürmt herein und erschießt Ezequiel Nolasco. Nolasco war Regionalrat der Region Ancash gewesen und hatte seit Jahren Morddrohungen erhalten. Der Auftrag zur Ermordung von Nolasco kam, wie später nachgewiesen wurde, aus dem Umfeld des Regionalpräsidenten von Ancash, Cesar Alvarez.

26. April, nachmittags, Lima -Surqillo: zwei verummte Männer eröffnen am helllichten Tag und auf offener Strasse ein Maschinengewehrfeuer auf Hugo Quintana Bardelli. Der Luxusauto-Händler war in seinem Lamborghini ohne Kennzeichen im unterwegs. Er war sofort tot, die verummten Täter verliessen am selben Abend das Land. Wie die Polizei ermittelte, war es sehr wahrscheinlich ein Auftragsmord des mexikanischen Sinoaloe-Kartells. Der Luxusautohändler Quintana hatte nicht nur Lamborghinis und Porsches importiert, sondern auch Drogen nach Europa verschifft

20. Mai 2014, Lima: Der Journalist Oscar Castilla veröffentlicht eine Recherche darüber, wie Peru zum Umschlagplatz für geschmuggeltes Geld geworden ist. Mit Flugzeugen und auf dem Landweg schaffen Schmugglerbanden Geldscheine aus oder ins Land. Ziel ist jeweils, die Herkunft des Geldes aus illegalen Quellen zu verschleiern. Und deren gibt es viele: Drogenhandel und illegaler Bergbau führen die Liste der illegalen Tätigkeiten an; Schmuggel und illegaler Handel mit Tropenholz kommen dazu. Die meisten Geldscheine werden über die Flughäfen von Lima, Puno und Iquitos ausser Landes geschmuggelt.

Die drei Vorkommnisse zeigen vor allem eines: in Peru gibt es Geld im Überschwang - und vieles davon kommt aus illegalen Quellen, und nicht etwa aus dem legalen Wirtschaftswachstum, dessen sich die peruanische Regierung so gerne rühmt.

Nur so ist es auch zu erklären, dass der in ganz Peru offensichtliche Kaufrausch mit Löhnen einhergeht, die mit zu den niedrigsten in ganz Lateinamerika zählen. Ein grosser Teil der Bevölkerung profitiert nicht vom legalen, sondern vom illegalen Goldrausch.

Oft ist legales und illegales Geld ganz nahe beieinander: Ancash z.Bsp. ist die Region mit dem höchsten Steueraufkommen Perus. Dies dank der grossen Bergwerksunternehmen; die Kupfermine Antamina und der Hafen Huarmey, ebenso wie der Hafen Chimbote liegen in Ancash. Zuviel Geld kann ebenso korrumpieren wie zuwenig Geld: die schwachen staatlichen Strukturen in den Regionen sind nicht in der Lage, die unverhoffte Geldmenge transparent und produktiv umzusetzen. Im Fall von Ancash haben sie mafiöse Strukturen innerhalb der Regionalregierung gefördert. 19 der 26 regierenden Regionalpräsidenten stehen inzwischen wegen Korruption unter Anklage.

Die Gefahr liegt auf der Hand: noch ist Peru nicht Mexico, aber es ist verdammt nahe dran. Dass ganze Regionen - ähnlich wie Ciudad Juarez in Mexico - ausserhalb der staatlichen Kontrolle geraten, ist keine Fiktion.

Hildegard Willer

.9. MEINE BANK an Grossbank verkauft

Kleinkredite sind, wenn alles positiv läuft, eine gute Möglichkeit zur Verbesserung der Lebensbedingungen ärmerer Bevölkerungskreise.

Seit 2002 gibt es MIBANCO (Motto: die Bank, die das Land bewegt), gegründet von der Acción Comunitaria del Peru. Rund 10% der Aktien an MIBANCO werden von der niederländischen Nachhaltigkeitsbank Triodos gehalten

MIBANCO vergab Kredite an Kleinstbetriebe. Seit 2009 schrieb diese, ohne Gewinnabsichten tätige, Institution immer mehr rote Zahlen. Im April 2014 wurde sie für 61 Millionen Dollar verkauft. An wen? An die Unternehmensgruppe CREDIDICORP, die ihrerseits Besitzer der großen Banco del Credito del Peru (BCP) ist, deren Eigentümer wiederum die einflussreiche peruanische Familie Romero (u.a. im Bereich der Palmölproduktion tätig) ist.

Francisco Durand merkt in seinem Beitrag in der peruanischen Tageszeitung "La Republica" an, dass diese weitere Finanzkonzentration gegen peruanische Gesetze verstosse, und dass es jetzt wohl die BCP und der Clan Romero sei, die das „Land bewegt“. Unklar sei auch, wer diese Lücke in der Kreditvergabe für Kleinunternehmer nunmehr schließen würde.

(Francisco Durand, La Republica, Lima, 7.4.2014), Heinz Schulze

10. Veranstaltungen

- **Nieder-Olm (Rheinhessen)**

Mittwoch, 11.06.14, 18.30 Uhr

„**Gold kann man nicht essen - giftig ist es trotzdem.**“

Der Bergbau in Peru und seine Folgen für Peru und für uns“

Vortrag mit Film und Ausstellung, anschl. Imbiß und Gespräch: Dr. Hartmut Heidenreich (Zornheim)

Ort: Rathaus, Rathaussaal

Organisiert von: Verbandsgemeinde Nieder-Olm/ Umwelt- und Energieberatungszentrum (UEBZ), Kreisverwaltung Mainz-Bingen:

- **Freiburg i. Br.**

Donnerstag, 26. Juni, 20 h

Peru-Stammtisch

Café Satz, Guntramstraße 57/Ecke Wannerstraße (StraBa 1, 3, 5, Bus14, Station Eschholzstraße)

- **Rheinfelden-Beuggen/Baden**

Freitag, 11., 18.30h – Samstag, 12. Juli, 16.30h

„Fleisch macht Hunger“ – Unser Fleischkonsum, Futtermittelimporte und Ernährungssicherheit im Süden

Schloss Beuggen, Rheinfelden/Baden

Informationsstelle Peru e.V. und Mission und Ökumene Südbaden

Infos bei: merk@infostelle-peru.de

Das Seminarprogramm kann hier heruntergeladen werden [FleischMachtHunger-2-0714](#)

Anmeldung an: mission-oekumene.suedbaden@ekiba.de

- **Freiburg i. Br.**

Donnerstag, 24. Juli, 20h

Peru-Stammtisch

Café Satz, Guntramstraße 57/Ecke Wannerstraße (StraBa 1, 3, 5, Bus14, Station Eschholzstraße)

- **34439 Willebadessen**

Freitag - Sonntag, 22. - 24. August 2014

Entwicklungspolitisches Seminar mit dem Schwerpunkt "Peru"

Organisiert vom Christlichen Bildungswerk Die Hegge, www.die-hegge.de

Das Programm kann hier heruntergeladen werden [Peru-Seminar-1](#)

- **Castrop-Rauxel**

Donnerstag, 23.10.14, 20 Uhr

„'Gold kann man nicht essen - giftig ist es trotzdem.' Der Goldbergbau in Peru und seine Folgen“,

Vortrag mit Film und Ausstellung: Dr. Hartmut Heidenreich, Zornheim

Ort: Kath. Gemeinde Heilig Kreuz, Wilhelmstrasse 5. Castrop-Rauxel

- **Münster**

24./25.Oktober 2014, Freitag 16.30 h -Samstag 15 Uhr

"Peru im 21. Jahrhundert. Geschichte, Kirche, Politik und Gesellschaft"

Vortrag mit Film und Ausstellung: Dr. Hartmut Heidenreich (Zornheim)

„'Gold kann man nicht essen - giftig ist es trotzdem.' Der Bergbau in Peru und seine Folgen für Peru und für uns“

weitere Referenten: Prof. Dr. Thomas Fischer (Eichstätt), Dr. Thomas Krüggeler (Bonn), Omar Handabaka (Lima/Düsseldorf), Dr. Ricardo Lagos (Velbert), Damian Raiser (Münster)

Ort: Franz-Hitze-Haus (Kath. Soziale Akademie), Münster - in Kooperation mit Kampagne Bergwerk Peru:

- **Offenburg**

Freitag, 21. November – Samstag, 22. November

„Sinnvoll leben und arbeiten – in Peru und Deutschland“

Informationsstelle Peru e.V. und KAB-Diözesanverband Freiburg

Infos bei: merk@infostelle-peru.de

Sie können den Newsletter bestellen über die Website der

Informationsstelle Peru e.V., www.infostelle-peru.de

Rückmeldungen an die Newsletter-Redaktion bitte an

newsletter@infostelle-peru.de

Dieser Newsletter wird herausgegeben von der Informationsstelle Peru e.V. Er wird gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL im Auftrag des



Der Herausgeber ist für den Inhalt alleine verantwortlich.

Die Informationsstelle Peru e.V. wird unterstützt von den Hilfswerken Misereor und Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst.

